

## Landesbezirksausschuss der Beamtinnen und Beamten ist mit der Landespolitik im Gespräch

Eine Vertretung des **ver.di-Landesbezirksausschusses der Beamtinnen und Beamten** führt in regelmäßigen Abständen mit allen im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien Gespräche, insbesondere über die Anforderungen an ein modernes Beamtenrecht, Arbeits- und Einkommensbedingungen und damit auch über die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen. Am 17. August 2010 fand ein Gespräch mit den Abgeordneten Biallas und Wiese von der **Landtags-CDU** statt:

### ➤ **Sparpaket der Landesregierung**

Die ver.di-Delegation hat kritisiert, dass im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung erneut massiv **Arbeitsplätze** abgebaut werden sollen. Stattdessen wäre es angebracht - insbesondere mit Blick auf die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes - für **attraktive Arbeitsbedingungen** und eine **Verjüngung** des Personals zu sorgen. Hierbei sollte der bevorstehende **doppelte Abiturjahrgang** genutzt und die Einstellungszahl von Nachwuchspersonal im Jahr 2011 erheblich erhöht werden.

Der Zugriff auf die liquiden Mittel der **Versorgungsrücklage zur Haushaltssanierung** wurde von uns mit Sorge um die Absicherung der künftigen Versorgungsleistungen kritisiert. Die Versorgungsrücklage war zur „**Untertunnelung des Versorgungsberges**“, d.h. zur Absicherung der Versorgungsleistungen der geburtenstarken Jahrgänge eingerichtet worden und sollte ursprünglich erst ab 2017 zur Auszahlung kommen.

### ➤ **„Verhandeln statt Verordnen“**

In unserem zentralen Punkt **„Koalitionsrechte für Beamtinnen und Beamte“** war in der Vergangenheit **„parteiübergreifend“** die Bereitschaft festzustellen, sich ernsthaft mit der Frage auseinander zu setzen. Passiert ist jedoch noch zu wenig. Wir haben daher angeregt, bei der ausstehenden Evaluation der sog. **„Beteiligungsvereinbarung“** die aktuelle Rechtsprechung des **„Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte“** (EGMR) zu berücksichtigen.

### ➤ **Nachwuchsproblematik bei der Berufsfeuerwehr**

Die ver.di-Delegation und die Vertreter der CDU-Landtagsfraktion waren übereinstimmend der Auffassung, dass die **Attraktivität des Feuerwehrberufes** gesteigert werden muss, um eine **ausreichende Anzahl an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern** zu erhalten. Mit konkreten Vorschlägen ist nach der Auswertung einer **20 Punkte** enthaltenden **„To-Do-Liste“** zu rechnen.

Insgesamt liefen die Gespräche in einem angenehmen und konstruktiven Klima ab und endeten mit der Verabredung, diese Art des Austauschs zu verstetigen und unsere Argumente auch in die Beratung im Fraktionskreis einzubringen.

### **Matthias Schrade**

Redakteur Beamteninformationen

Rückfragen über E-Mail-Adresse: [annette.sackmann@verdi.de](mailto:annette.sackmann@verdi.de)

**Impressum:** ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen - Landesbezirksbeamtensekretariat - Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen.  
V.i.S.d.P: Arno Dick. Redaktion: Matthias Schrade, ehrenamtlicher Redakteur. Der Versand erfolgt nur über E-Mail-Verteiler